

STADT KERPEN

Präsidentin des
Landtages NW
Frau Ingeborg Frieb
Postfach

4000 Düsseldorf 1



Elternbeiträge für den Besuch von Kindergärten/Gruppen- und Personalstärke in Kindergärten

Sehr geehrte Frau Präsidentin Friebe,

nach der nunmehr im Jugendpolitischen Ausschuß des Landtages erfolgten Beschlußfassung über die Anhebung der Elternbeiträge für den Besuch von Kindergärten haben die Unterzeichner sich in einem intensiven Dialog mit den Stadt-Elternräten der Städte Bergheim und Kerpen mit Folgen auseinandergesetzt, die es nach unserer übereinstimmenden Meinung abzuwenden gilt. Daraus ergeben sich folgende Forderungen, die wir Sie bitten, den Fraktionen des Landtages von Nordrhein-Westfalen weiterzuleiten:

1. Die Einrechnung des Kindergeldes in das Einkommen der Familien ist abzulehnen. Diese familienpolitische Sonderzahlung dem Normaleinkommen zuzurechnen, ist nicht akzeptabel. Bei Familien mit mehreren Kindern kann die Zurechnung des Kindergeldes zum Einkommen die fatale Wirkung der Eingruppierung in eine höhere Stufe der Elternbeiträge zur Folge haben. Gerade junge Familien, die sich zu mehreren Kindern bekennen, müssen sich jedoch dann in diesem Bekenntnis negativ berührt fühlen. Nicht zu vertreten ist auch die Tatsache, daß bei Anrechnung des Kindergeldes evtl. sogar die Empfänger von Sozialhilfe in die Kindergartenbeitragspflicht hineinwachsen.
2. Beamte erhalten wegen der Nichtzahlung von Sozialabgaben relativ geringe Bruttogehälter und kommen damit evtl. in den Genuß einer niedrigeren Kindergartenbeitragsklasse. Diese systemimmanente Ungleichbehandlung ist durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Die ansonsten entstehende Ungerechtigkeit durch Besserstellung gegenüber anderen Arbeitnehmern ist nicht hinzunehmen.

3. Beitragszahlungen für das zweite und jedes weitere Kind sind wie bisher auch in Zukunft nicht zu verlangen. Die hier beabsichtigte Beitragszahlung für das zweite und weitere Kinder ist nicht geeignet, das Bekenntnis junger Familien zu mehreren Kindern, wie gesellschaftspolitisch erwünscht, zu stabilisieren.
4. Die nunmehr festgelegten Kindergartenbeiträge sind als Festbeträge zu qualifizieren, die keiner Dynamisierung durch die Betriebskosten der Kindergärten unterliegen.

Die geplante Erhöhung von Gruppenstärken ist aus sehr nahe-
liegenden pädagogischen Gründen abzulehnen. Sie entspricht
außerdem nicht dem aus guten Gründen festgelegten Raumvolumen
der Gruppenräume alter und gerade neugebauter Kindergärten.
Aus den gleichen pädagogischen Gründen ist eine Absenkung der
Personalstärke wegen der damit einhergehenden Minderbetreuung
der Kinder abzulehnen.

Wir sind sicher, daß diese genannten Punkte bei Berücksichti-
gung geeignet sind, zu einer Stabilisierung des Vertrauens in
die Landespolitik beizutragen, ohne daß dabei nicht verkräft-
bare Verluste für die Einnahmeseite eintreten.

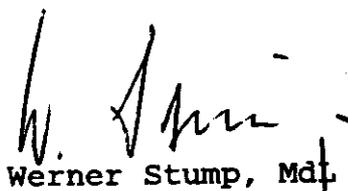
Mit freundlichen Grüßen



Peter Müller
Bürgermeister



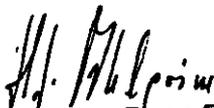
Bernd Poulheim, MdL



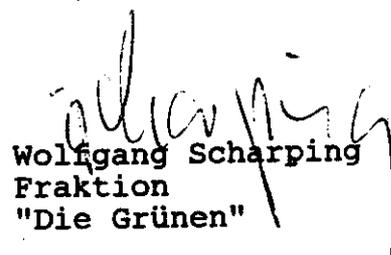
Werner Stump, MdL



Rolf Kunz
SPD-Fraktion



Hermann-Josef Ahlgrim
CDU-Fraktion



Wolfgang Scharping
Fraktion
"Die Grünen"